



Was wir von der aufgeregten
Migrationsdebatte halten ...

**Behauptungen
„Gefühlte“ Wahrheiten
Falschinformationen**

... und ein Faktencheck!

Was uns bewegt:

Der DAF - Internationale Freundeskreis Bretten e.V. ist ein Verein, der sich seit 1987 der interkulturellen Verständigung verschreibt. In unseren ehrenamtlichen Aktivitäten haben wir mit Geflüchteten und Zugewanderten zu tun, wir beobachten, begleiten, helfen und erleben, wie sie sich um Arbeit und Integration bemühen und welche Steine in ihrem Weg liegen. Dabei versuchen wir, die Menschen als Menschen zu sehen. Aus dieser Perspektive kommentieren wir die aufgeheizte und nicht immer sachliche Debatte um Flucht und Migration.

"Schelle Rückkehr der Syrier in ihr Heimatland"

- Forderungen verschiedener Politiker unmittelbar nach dem Sturz des Assad-Regimes

Unser Standpunkt: Diese Forderungen sind übereilte "Schnellschüsse". Zunächst sollte geprüft werden, ob die sichere Rückkehr der zu uns Geflüchteten überhaupt möglich ist. Es darf auch nicht vergessen werden, welche Bedeutung die große Zahl von syrischen Ärzten, Pflegekräften und anderen Fach- und Hilfskräften für das Funktionieren unseres Gesundheitssystems und unserer Wirtschaft hat.

**Wer Schutz braucht,
Soll Schutz bekommen!**

Richtig ist: Die Lage in Syrien nach der Vertreibung des Diktators Assad bleibt unsicher. Die neuen Herrscher, die aus verschiedenen islamistischen Rebellengruppen stammen,



haben vielversprechende Ankündigungen für die Zukunft des Landes gemacht. Doch noch ist völlig unklar, ob die verschiedenen kulturellen und religiösen Bevölkerungsgruppen in ihrer Identität geschützt werden und die Gesellschaft friedlich geeint wird. Gleiches gilt für die Rechte von Frauen. In Deutschland lebende Syrer freuen sich überwiegend über den Sturz des Regimes, vertreten aber eine abwartende Haltung. Unter den aus Syrien Geflüchteten befinden sich auch Kurden und Jesiden, die sich eine Rückkehr am wenigsten vorstellen können. Die Schutzquote von geflüchteten Syrern lag 2023 bei 88 %. Je länger sie hier leben, umso größer ist ihre Erwerbstätigkeitsquote: 75 % der erwerbstätigen Syrer üben qualifizierte Tätigkeiten aus. Zwischen 2016 und 2023 erhielten 161.000 die deutsche Staatsbürgerschaft.

"Deutschland läuft über" - Redakteur Ulrich Becker, BNN 17.09.2024

Unser Standpunkt: Diese Aussage ist unbelegt und alarmistisch.

Während weltweit 117 Millionen Menschen auf der Flucht sind, leben 3,5 Millionen Schutzsuchende in Deutschland, davon sind 1,2 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.

Richtig ist: Wanderungsbewegungen auf der ganzen Welt haben ein Allzeithoch erreicht.

Ursachen sind Kriege, Unterdrückung,

Vertreibung, Hungersnöte in der Folge von Dürre oder

Überschwemmungen und nicht zuletzt eine vorwiegend am Profit orientierte, ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die Industrieländer begünstigt und Menschen in armen Ländern ihre Lebensgrundlage und Lebensperspektive raubt.

*Zuwanderung gab es
zu allen Zeiten!*

Wenn etwas überläuft, dann sind es Flüchtlingslager, wo laut UNHCR 6,6 Mio Menschen untergebracht sind. Das größte Flüchtlingslager der Welt befindet sich in Bangladesch mit 640.000 Flüchtlingen. Zum Vergleich: Düsseldorf hat 630.000 Einwohner.

Auch Erstaufnahme-Einrichtungen wie die am Berliner Flughafen Tegel mit 5.000 Menschen laufen über. Flüchtlinge leben dort in Schlafwaben ohne Decke und Tür und warten, warten, warten ...



"Migration ist die Mutter aller Probleme"

Das ist eine von rechten Politikern häufig gehörte Parole.

Unser Standpunkt: Solche zynischen Parolen graben sich in das Bewusstsein der Menschen ein, bis sie tatsächlich glauben, dass Migranten für Wohnungsknappheit, für überfüllte Wartezimmer bei Ärzten, für Kriminalität, für Überlastung der Schulen und Kindergärten, für leere Staatskassen verantwortlich seien, als wenn es diese Probleme nicht schon vorher gegeben hätte. Die tatsächlichen Gründe für Flucht und Migration werden dadurch ausgeblendet und geleugnet.

*Fluchtursachen,
nicht Flüchtlinge,
bekämpfen!*

Richtig ist: Kriege, Armut, Vertreibung, Klimawandel, Gewalt, Landraub, Verfolgung und Hunger sind die "Mütter und Väter" der weltweiten Flucht- und Wanderungsbewegungen!

"Politiker nehmen den Untergang der Gesellschaft in Kauf"

Das vollständige Zitat lautet: **"Wenn Politiker die Eckwerte der Gesellschaft nicht ändern wollen, sollen sie sich auch dazu bekennen, dass sie für ihre ideologischen Ziele den Untergang der Gesellschaft in Kauf nehmen."** Thilo Sarrazin im Interview mit der NZZ 10.09.2024

Unser Standpunkt: Untergangserzählungen, Warnungen vor "Kontrollverlust", Furcht vor einer Masseneinwanderung von "fremden Kulturen" oder "Bevölkerungsaustausch" gehören seit langem zum Repertoire rechter Populisten bis hin zu faschistischen Ideologen mit Fantasien von völkischer Reinheit.

Rechtsradikale verbreiten derartige Untergangs-Narrative, um unsere Demokratie zu diskreditieren und sich als autoritäre "Retter" Deutschlands anzubieten.

"Umfassende Zurückweisungen von Schutzsuchenden an allen deutschen Landgrenzen"

- Antrag 20/12961 der CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag vom 24.09.2024

Bei **Zurückweisungen** verweigern deutsche Behörden noch an der Grenze die unerlaubte Einreise von Menschen, etwa wenn diese keinen gültigen Ausweis besitzen.



Die meisten Menschen, die aus Ländern kommen, in denen Krieg oder Armut herrscht, bekommen **kein Visum** für eine reguläre Einreise in die EU. Fast alle Asylsuchenden, die nach Deutschland kommen, gelten zunächst als **"illegal eingereist"**. Sobald sie aber einen Asylantrag stellen, erhalten sie eine Aufenthaltsgestattung und halten sich damit **legal** im Land auf. Dann wird ihr Asylantrag geprüft und schließlich positiv oder negativ entschieden.

*Deutsches und
europäisches Recht
achten!*

Unser Standpunkt: Die Forderung nach "umfassenden Zurückweisungen" hat letztlich die totale Abschottung und Abschaffung des Asylrechts zum Ziel. Deutsches und europäisches Recht werden ebenso ignoriert wie die Gründe, weswegen Menschen auf der Flucht sind und Schutz suchen. Politiker, die dies fordern, wollen Schutzsuchenden von vornherein den Grenzübertritt verweigern.

Richtig ist: Schärfere Grenzkontrollen finden bereits statt und haben zu einem Rückgang von unerlaubten Einreisen um über 70% im 1. Hj. 2024 geführt. Zugleich wird auch der Warenverkehr beeinträchtigt und verteuert, was die deutsche Import- und Exportwirtschaft schwächt, wie Wirtschaftsverbände beklagen.

Statt Abschottung sollten für Schutzsuchende **legale Fluchtwege** ohne Schlepper und Menschenhändler geschaffen und für Arbeitssuchende die **legale Einreise mit Arbeitsvisum** erleichtert und beschleunigt werden. Hier beginnt aktuell das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG)** vom 18.11.2023 seine Wirkung zu zeigen.

*Arbeitsmarkt profitiert
von Zuwanderung!*

"Abschiebungen im großen Stil" - Bundeskanzler Scholz am 20.10.2023

Abschiebung ist die zwangsweise Durchsetzung der Ausreise eines Ausländers aus Deutschland, wenn dieser keinen gültigen Aufenthaltstitel (mehr) besitzt und nicht freiwillig ausreist.

Menschenrechte achten!

Ein Blick auf die Zahlen: Am 30.06.2023 waren 279.000 Personen "ausreisepflichtig", davon waren 224.800 "geduldet". Die Duldung ist zwar kein Aufenthaltstitel, aber eine temporäre legale Bleibemöglichkeit. Viele Geduldete befinden sich in Beschäftigung oder Ausbildung. Es blieben demnach 54.200 Personen ausreisepflichtig ohne Duldung. Davon



wurden 7.900 abgeschoben. - Bundestagsdrucksache 20/8046

Die Gründe, aus denen die anderen 46.300 Personen nicht abgeschoben wurden, sind vielfältig. Dazu gehören u.a. fehlende Dokumente, Transportunfähigkeit, unbekannter Aufenthaltsort oder die Weigerung eines Herkunftsstaats, seine Staatsbürger zurückzunehmen.

Unser Standpunkt: Wie bei der Frage von Zurückweisungen sind Fakten der Feind aller Vereinfachungen. "Abschiebungen im großen Stil" werden der Öffentlichkeit als einfache Lösung präsentiert. Viele Politiker/innen wetteifern um die Meinungshoheit über die "Straße", wohl wissend, dass die menschenrechtliche Lage komplex ist.

Inzwischen fordern Politiker/innen, dass auch alle Geduldeten sofort abgeschoben werden sollen. Darunter wären auch solche, die einer Beschäftigung oder einer Ausbildung in einem Mangelberuf nachgehen. Ist nicht ständig von **Arbeitskräftemangel** und gewünschter **Fachkräftezuwanderung** die Rede?

*Deutschland braucht
Zuwanderung!*

Als Maßnahme gegen den zunehmenden Fachkräftemangel schlug die Wirtschaftsweisse Monika Schnitzer schon 2023 **mehr Zuwanderung** vor. "Deutschland braucht 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr, wenn wir abzüglich der

beträchtlichen Abwanderung jedes Jahr 400.000 neue Bürger haben und so die Zahl der Arbeitskräfte halten wollen".

"Sozialleistungen für Geflüchtete kürzen"

Als besonders populäres Aufregerthema in der aktuellen Migrationsdebatte erweist sich die Höhe von Sozialleistungen sowie die tatsächliche Bedürftigkeit von Leistungsempfängern und ihre Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme. Es gibt Forderungen, Sozialleistungen für Geflüchtete zu kürzen oder ganz zu streichen. Als Begründung wird häufig genannt, das Bürgergeld gebe keinen Anreiz, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu sichern.

Richtig ist: Das System staatlicher Leistungen könnte gerechter und effektiver sein. Im Zuge einer Reform müssen aber wichtige Grundsätze beachtet werden.

1) Sozialleistungen als Grundrecht

Unser Standpunkt: Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 09.02.2010 bekräftigt, dass der Staat deutschen und ausländischen Staatsbürgern, die sich in der Bundesrepublik aufhalten, das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum



gewährleisten muss.

Forderungen nach Streichung von Sozialleistungen sind **verfassungswidrig**, Forderungen nach einschneidenden Kürzungen zumindest verfassungsrechtlich bedenklich.

Richtig ist: Asylbewerber erhalten 18 Monate lang Unterstützung nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz.

Ukrainer/innen sind keine Asylbewerber.

Hilfsbedürftige und erwerbsfähige Menschen zwischen 15 und 67 Jahren - darunter sind automatisch Ukrainer/innen sowie Asylbewerber, sobald sie anerkannt sind - erhalten **Bürgergeld nach SGB II**. Ein alleinstehender Asylbewerber erhält 2024 ungefähr **100 € weniger** monatlich als ein alleinstehender Bürgergeldempfänger. Damit liegen die Leistungen für Asylbewerber **unterhalb** des geltenden Standards im Sozialrecht.

2023 gab es 5,5 Millionen Bürgergeldempfänger, davon waren ca. 48% aller Bürgergeldempfänger Ausländer. Gerade daran entzündet sich gegenwärtig der Streit. Es wird verlangt, dass die Menschen, die Bürgergeld beziehen, schneller eine Arbeit aufnehmen bzw. bei Unwilligkeit Kürzungen oder Streichungen hinnehmen müssen. Es gibt Sanktionen bei der Weigerung, eine Arbeitsstelle anzunehmen. Laut Arbeitsagentur gab es 2023 aber **nur ca. 16.000 "Totalverweigerer"**, das sind **0,4 % aller Bürgergeld-Beziehenden**.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg meldet eine deutlich steigende Zahl von Syrern und anderen Geflüchteten im Arbeitsmarkt seit 2015; im internationalen Vergleich stehe Deutschland ganz oben. Von den Ukrainer/innen, die zwischen März und August 2022 nach Deutschland kamen, haben inzwischen 30% eine Beschäftigung - ebenfalls ein steiler Anstieg.

**Bürgergeld
nicht für das Stopfen von
Haushaltslöchern
antasten!**

Als größte Hindernisse für den Wechsel aus der Grundsicherung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nennen Experten: Unzureichende Deutschkenntnisse, lange Wartezeiten auf einen Platz im Integrationskurs, langwierige Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Im Übrigen befinden sich unter den Bürgergeld-

Beziehenden, die für den Arbeitsmarkt nicht sofort vermittelbar sind, Jugendliche, Mütter mit Kleinkindern, Alleinerziehende, Kranke und Sprachkursbesucher/innen. Die Zahl derer, die grundlos die Arbeitsaufnahme verweigern, ist **äußerst gering** (siehe oben).

**Menschenwürdiges
Existenzminimum
ist Verfassungsgebot!**



Die Erfahrungen mit den 2015 Angekommenen zeigt, dass die Integration in den Arbeitsmarkt erfolgreich sein kann, aber viel Zeit braucht. **Dagegen helfen keine Kürzungen oder Streichungen.**

2) Arbeit muss sich lohnen

Unser Standpunkt: Der Verdacht, ein Teil der Bürgergeldempfänger mache sich auf Kosten der Allgemeinheit ein angenehmes Leben, ist weit verbreitet. Als Begründung wird häufig der angeblich unzureichende Lohnabstand zur Höhe des Bürgergelds angeführt und in der Forderung zugespitzt: Sozialleistungen kürzen, damit sich Arbeit lohnt. Diese Forderung wird zu Unrecht erhoben.

Richtig ist: Die meisten Betroffenen streben aktiv nach einer Arbeitsstelle, auch wenn bürokratische Hürden und fehlende Sprachkenntnisse zu überwinden sind. Es gibt zahllose Modellrechnungen, wer unter welchen Umständen mit Bürgergeld besser fährt als mit Arbeit - oder umgekehrt. Es gibt aber keine Konstellation, in der Geringverdiener weniger haben als Bürgergeldbezieher. Auf den Punkt gebracht: **Arbeit lohnt sich immer, Arbeit macht den Unterschied.**

Sozialstaat schützen!

Sind Ausländer krimineller als Deutsche?

Die einfache Antwort ist: **Ja.**

Unser Standpunkt: Trotzdem eignet sich dieses Thema nicht für pauschale Verdächtigungen und rassistische Vorurteile. Die Statistik von Ausländerkriminalität erfasst **nur den Verdacht**, nicht das Ergebnis der Ermittlungen bis hin zum Urteil. Wer als fremd wahrgenommen wird, wird viel häufiger angezeigt. Außerdem finden sich in der Kriminalitätsstatistik ausländerrechtliche Vergehen, die **nur von Ausländern** begangen werden **können**. Überproportional ist auch der Anteil ausländischer Opfer von Straftaten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung: Opfer von Körperverletzungen sind überwiegend selbst Zuwanderer in Sammelunterkünften.

Ausländer nicht unter Generalverdacht stellen!

Richtig ist: Schwierige Lebensbedingungen, Armutsrisiko, Gewalterfahrungen im Herkunftsland und auf der Flucht erhöhen das statistische Risiko, Straftaten zu begehen. Junge Männer begehen häufiger Straftaten als andere Personengruppen, deswegen fallen



Herkunftsländer, aus denen überproportional viele junge Männer fliehen, in dieser Hinsicht negativ auf.

Demgegenüber sind Geflüchtete aus Syrien, Irak, Afghanistan und zuletzt Ukraine eher **unterdurchschnittlich** in der Kriminalstatistik vertreten.

*Gute Bleibeperspektive
senkt Kriminalität!*

Die Aussicht auf Bleiberecht, Integration, Arbeit sowie Familienzusammenführung führt nachweislich zu **geringerer Straffälligkeit**, während Perspektiv- und Chancenlosigkeit tendenziell zu **höherer Straffälligkeit** beitragen kann.

Auch auf anderen Feldern ist eine erschreckende Zunahme von Straftaten zu verzeichnen:

Antisemitische Straftaten (u.a. Gewalt gegen Personen und Einrichtungen) haben sich von 2022 auf 2023 verdoppelt, mit gleicher Tendenz 2024. 60% gehen auf das Konto von Tätern aus dem deutschen rechtsextremen Milieu, 40% werden Tätern mit ausländischer oder religiöser Ideologie zugeschrieben.

Anti-islamische Straftaten haben sich von 2022 auf 2023 auf 1.164 ebenfalls verdoppelt. Darunter fallen Beleidigungen, Hassbotschaften und tätliche Angriffe auf Muslime.

Islamistische Straftaten sind von 2022 auf 2023 um 160% auf fast 1.000 gestiegen.

Unsere Zahlen und Vergleiche sind vielfach belegt. Weiterführende Studien, faktenbasierte Einschätzungen und genauere Angaben sind in den unten aufgeführten Quellen zu finden.

Wenn wir trotzdem falsch liegen oder unsere Schlussfolgerungen nicht verständlich sind, laden wir zu Nachfragen und Richtigstellungen ein.



Vorsicht Zahlen!

Für alle, die Interesse an Statistik,
Vergleichszahlen und Fakten haben -

hier haben wir noch mehr Informationen*) ohne Anspruch
auf Vollständigkeit zusammengestellt.

*) mit Quellenangaben am Schluss

Faktencheck

Fluchtbewegungen

Ende 2023 waren **117 Mio Menschen** auf der Flucht vor Verfolgung, Gewaltkonflikten, Menschenrechtsverletzungen usw., das sind 1,5% der Weltbevölkerung. (UNHCR)

68 Mio davon sind Binnenflüchtlinge im eigenen Land, 32 Mio sind in ein Nachbarland geflohen.

Die meisten Menschen sind bis zu diesem Zeitpunkt aus Afghanistan und Syrien geflohen (je 6,4 Mio), Venezuela 6,1 Mio, Ukraine 6,0 Mio, Südsudan 2,3 Mio. Die meisten Flüchtlinge in absoluten Zahlen, nicht gemessen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl des Aufnahmelandes, haben der Iran aufgenommen (3,8 Mio), die Türkei (3,1 Mio), Kolumbien (2,9 Mio), **Deutschland (2,6 Mio)**, Pakistan (2,0 Mio)....

Ukraine

Von Februar 2022 bis August 2024 sind **1,2 Mio Schutzsuchende** aus der Ukraine in Deutschland angekommen. Die EU-Massenzustromrichtlinie von Februar 2022 verfügt, dass sie in EU-Staaten **keinen Asylantrag** zu stellen brauchen. Sie bekommen einen vorübergehenden Aufenthaltsstatus zugestanden, der zuletzt bis März 2026 verlängert wurde.

Asylsuchende

Im ersten Halbjahr 2024 (Januar bis Juni) wurden in Deutschland **124.200 Asylanträge** gestellt, das sind **30.000 oder 18,5% weniger** als im gleichen Zeitraum 2023.

[In der EU + Norwegen + Schweiz wurden 513.000 Asylanträge im 1. Halbjahr 2024 gezählt, das sind 6.000 weniger als im Vergleichszeitraum 2023. Die meisten davon, nämlich knapp 25%, wurden in Deutschland registriert. Die meisten Asylsuchenden kommen aus Syrien, Afghanistan und Venezuela. Venezolaner suchen hauptsächlich in Spanien Schutz. dpa/BNN 17.09.2024]

Gesamtzahl der Asylanträge 2023: **352.000**. Davor war die niedrigste Zahl 2020: **122.200**, die höchste Zahl 2016: **745.500**.



Die meisten Asyl-Antragsteller kamen im 1. Halbjahr 2024 aus Syrien, Afghanistan und der Türkei.

Schutzgewährung

Im 1. Halbjahr 2024 hat das BAMF 47% aller Asylanträge anerkannt.

2023 lag die Gesamtschutzquote bei 52%, 2022 bei 56%, davor bei 40% und weniger.

Zurückweisungen - Zurückschiebungen - Abschiebungen

Bei **Zurückweisungen** verweigern deutsche Behörden noch an der Grenze die unerlaubte Einreise von Menschen, etwa wenn diese keinen gültigen Ausweis besitzen.

Bei **Zurückschiebungen** werden Menschen, die bereits unerlaubt nach Deutschland eingereist sind, innerhalb eines kurzen Zeitraums nach ihrer Einreise in ihr Herkunftsland abgeschoben oder in das EU- bzw. Schengen-Land zurückgeschoben, das nach der [so genannten Dublin-Verordnung](#)*) für sie zuständig ist.

Die **Abschiebung** ist die zwangsweise Durchsetzung der Ausreise eines Ausländers aus Deutschland, wenn dieser keinen gültigen Aufenthaltstitel besitzt (etwa eine Duldung oder einen bewilligten Asylantrag) oder sich aus anderen Gründen nicht mehr in Deutschland aufhalten darf. Wenn der Ausländer nach einer bestimmten Frist nicht freiwillig ausgewandert ist, wird er zwangsweise abgeschoben oder "zurückgeführt". Hat ein Ausländer bereits in einem anderen EU-Mitgliedsstaat Schutzrecht erhalten, darf er keinen zweiten Asylantrag in Deutschland stellen und wird in das Land abgeschoben, das ihm Schutz gewährt hat.

*) Das **Dublin-Verfahren** bezweckt, dass jeder Asylantrag, der auf dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten gestellt wird, **nur durch einen Staat geprüft** wird. In der Regel wird die betroffene Person innerhalb von 6 Monaten in den zuständigen Mitgliedsstaat "überstellt". Findet eine Überstellung innerhalb der maßgeblichen Überstellungsfrist nicht statt, geht die Zuständigkeit zur Prüfung des Asylantrages auf Deutschland über.

Zurückweisungen

Im 1. Halbjahr 2024 hat die Bundespolizei etwa 21.700 Personen an den Grenzen zurückgewiesen, das sind 72% mehr als im Vorjahreszeitraum.

2023 waren es insgesamt 34.680 Zurückweisungen.

Die meisten "unerlaubt Einreisenden" kamen über Polen, davon ca. 30% aus Belarus. Syrer kommen häufig über Polen, Türken über Österreich und Afghanen über die Schweiz.

Abschiebungen

2023 wurden 16.400 Menschen aus Deutschland abgeschoben, mit zunehmender Tendenz, 2022 waren es 13.000, davor weniger, aber 2019 gab es 22.100 Abschiebungen.

Die meisten Menschen, denen Asyl verweigert wurde, wurden nach Georgien, in die Türkei, nach Afghanistan, Nordmazedonien, Albanien, Moldau, Serbien, Syrien, Algerien und in den Irak "zurückgeführt".



Einreise nach Deutschland

Ausländer aus Staaten außerhalb der EU ("Drittstaaten"), die sich länger als 90 Tage in Deutschland aufhalten wollen, in Deutschland arbeiten oder studieren wollen, benötigen grundsätzlich ein **Visum**. Das Visum muss bei der deutschen Auslandsvertretung (Botschaft oder Konsulat) im Heimatland des Antragstellers beantragt werden. Für Arbeitsaufnahme muss ggf. die Zustimmung der deutschen Ausländerbehörde eingeholt werden.

Mit einem **Visum** kann man nach Deutschland einreisen und bei entsprechenden Voraussetzungen bei der Ausländerbehörde eine **Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis** beantragen.

Das **Visum zur Arbeitsplatzsuche ("Chancenkarte")** erlaubt einem Ausländer, sich sechs Monate in Deutschland aufzuhalten, um eine geeignete Arbeitsstelle zu finden, aber nicht um während dieser Zeit zu arbeiten.

Illegale Einwanderer

Die meisten Menschen, die aus Ländern kommen, in denen Krieg oder Armut herrscht, bekommen **kein Visum** für eine reguläre Einreise in die EU. Sie sind also in der Regel "illegale" oder "irreguläre" Einwanderer.

Fast alle **Asylsuchenden**, die nach Deutschland kommen, gelten zunächst als "**illegal eingereist**". Sobald sie aber einen **Asylantrag** stellen, erhalten sie eine Aufenthaltsgestattung und halten sich damit **legal** im Land auf.

Aufenthaltstitel

Die **Aufenthaltsgestattung** gilt nur für die Dauer des Asylverfahrens und ist **kein** Aufenthaltstitel. Nach sechs Monaten kann eine **Erwerbstätigkeit** aufgenommen werden.

Die **Aufenthaltserlaubnis** ist jeweils befristet und erlaubt in der Regel die Aufnahme einer **Erwerbstätigkeit**.

Die **Duldung** ist eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung von ausreisepflichtigen Personen. Sie wird Personen erteilt, die sich zwar nicht rechtmäßig in Deutschland aufhalten, deren Abschiebung jedoch aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Die Duldung ist zwar **kein** Aufenthaltstitel, aber eine temporäre **legale** Bleibemöglichkeit.

Seit 2020 können Geduldete, die mindestens 18 Monate in Deutschland gearbeitet haben, eine "**Beschäftigungsduldung**" oder eine "**Ausbildungsduldung**" beantragen.

Über eine absolvierte Ausbildung und Beruf besteht die Möglichkeit, eine reguläre **Aufenthaltserlaubnis** zu erlangen. Dafür sind ein Identitätsnachweis, eine Dokumentation des bisherigen Aufenthalts sowie der Nachweis von Sprachkenntnissen erforderlich. Seit 2024 gibt es insbesondere für abgelehnte Asylbewerber oder Antragsteller, die ihren Antrag zurückgezogen haben, erweiterte Möglichkeiten, einen Aufenthaltstitel zu bekommen.

Eine **Niederlassungserlaubnis** ist eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Arbeitsmarktzugang



Für Menschen aus den Mitgliedsstaaten der EU, der EWG und der Schweiz - kein Problem.

Für Menschen aus so genannten Drittstaaten siehe auch → Einreise nach Deutschland und → Aufenthaltstitel.

Keine Arbeitserlaubnis bekommen

- Asylbewerber, deren Asylgesuch als unbegründet oder unzulässig abgelehnt wurde;
- Personen, für die konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung (Abschiebung) eingeleitet sind;
- Personen aus sicheren Herkunftsstaaten *).

*) Als **sichere Herkunftsstaaten** sind vom Gesetzgeber definiert: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Ghana, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Republik Moldau, Senegal und Serbien.

Asylbewerber und Geduldete dürfen nach 3 bzw. 6 Monaten eine Arbeit aufnehmen.

Das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG)** vom 18.11.2023 entfaltet allmählich seine Wirkung. Derzeit profitiert der deutsche Arbeitsmarkt von legaler Arbeitskräfte-Zuwanderung insbesondere aus Westbalkan-Ländern.

Sozialleistungen

Asylbewerber

Alleinstehende	Partner	Kind 18-25 J.	Kind 14-17 J.	Kind 6-13 J.	Kind unter 6 J.
460	413	368	408	341	312

2024 - nach Asylbewerberleistungsgesetz - 18 Monate lang

Bürgergeld

Alleinstehende	Partner	Kind 18-25 J.	Kind 14-17 J.	Kind 6-13 J.	Kind unter 6 J.
563	506	451	471	390	357

2024 - nach SGB II - hilfsbedürftige und erwerbsfähige Menschen zwischen 15 und 67 J. - früher ALG II

Von den ca. 5,5 Mio Bürgergeldempfängern waren 2023 1,8 Mio Kinder und Jugendliche. 2 Mio stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, weil sie z.B. Angehörige pflegen oder alleinerziehend sind. 800.000 von diesen 2 Mio arbeiten, verdienen durch ihre Arbeit aber nicht genug und müssen "aufstocken". 1,7 Mio könnten prinzipiell arbeiten, tun es aber nicht, weil sie gesundheitliche Probleme haben. Etwa zwei Drittel davon haben keinen Berufsabschluss. Die Zahl der "Totalverweigerer" wird auf ca. 16.000 beziffert, das sind 0,4 %.

Von den ca. 5,5 Mio. Bürgergeldempfängern waren 2023 2,9 Mio Deutsche und 2,6 Mio Ausländer, das sind ca. 52 zu 48%.



Deutsche in Deutschland

In Deutschland leben **82,7 Millionen** Menschen. **12,2 Millionen Deutsche** oder ca. 15% haben einen **Migrationshintergrund**. (Bevölkerungszählung - Zensus - von 2022)

Ausländer in Deutschland

In Deutschland leben zzt. **13,9 Mio Ausländer**, das sind ca. 17% der Gesamtbevölkerung. Aus dem europäischen Ausland stammen 9,6 Mio.

2023 wurden 200.100 Menschen eingebürgert.

In **Bretten** leben unter 29.871 Einwohnern 6.500 Ausländer = 28%.

Flüchtlinge in Deutschland

3,5 Mio Geflüchtete (Schutzsuchende) leben zzt. in Deutschland (Stand Juni 2024), das sind 4% der Gesamtbevölkerung. Davon sind 1,18 Mio Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.

Muslime in Deutschland

In Deutschland leben **ca. 5,6 Mio Muslime**, das sind knapp 7% der Gesamtbevölkerung. Die meisten davon stammen aus der Türkei: 2,5 Mio = 45%, aus Südosteuropa 19%, aus dem Nahen Osten 19%, aus Nordafrika 7%, aus dem Mittleren Osten 9%. Geschätzte 20% der Menschen aus dem islamischen Kulturkreis sind religiös nicht gebunden und nicht in einer Moscheegemeinde organisiert, also säkular.

Ca. 2,6 Mio haben eine ausländische Staatsbürgerschaft, ca. 3,0 Mio sind Deutsche mit Migrationshintergrund.

Die meisten Muslime leben in Nordrhein-Westfalen (32%), die wenigsten in den sechs ostdeutschen Bundesländern (zusammen ca. 5%).

Geflüchtete aus Syrien

Der syrische Bürgerkrieg hat nach Angaben des UNHCR seit 2011 ca. **5 Mio** Menschen aus ihrem Heimatland vertrieben. Die meisten sind in die Nachbarstaaten geflüchtet, vor allem in die Türkei (3,1 Mio).

In Deutschland leben im Oktober 2024 ca. **974.000** syrische Geflüchtete. Dazu kommen ca. 30.000 kurdische und jesidische Geflüchtete, die in Syrien geboren wurden.

In Baden-Württemberg leben ca. **97.000** Menschen aus Syrien.

Seit 2014 sind Syrer die größte Gruppe unter den Asylsuchenden. Die Schutzquote liegt 2023 bei 88 %.

Zwischen 2016 und 2023 erhielten 161.000 Syrer die deutsche Staatsbürgerschaft.

Arbeitsmarkt: Mehr als 6.000 Ärzte aus Syrien arbeiten in Deutschland, Tausende Pflegerinnen und Pfleger, 17.000 im Transportgewerbe (Bus und Taxi).

Die Integration in Arbeit braucht Zeit. Sieben Jahre nach Zuzug erreichen die zugezogenen Syrer



eine durchschnittliche Erwerbstätigkeitsquote von 61 % (Männer 73 %, Frauen 29 %). Nach acht Jahren haben geflüchtete Männer eine höhere Quote (86 %) als die durchschnittliche männliche Bevölkerung in Deutschland (81 %).

Laut IAB nehme mit der Zeit die Beschäftigung im Helferbereich ab und im Fachkräftebereich zu. 75 % der erwerbstätigen Syrer üben eine qualifizierte Tätigkeit aus.

- Zahlen aus BNN 10.12.2024, 19.12.2024, 03.01.2025 und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Yuliya Kosyakova

Migrationshintergrund

"Eine Person hat einen **Migrationshintergrund**, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.

Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges haben (gemäß Bundesvertriebenengesetz) einen gesonderten Status; sie und ihre Nachkommen zählen daher nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund." Definition des Statistischen Bundesamts

12,2 Millionen Deutsche haben einen Migrationshintergrund.

Einwanderungsgeschichte

Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind seit 1950 selbst eingewanderte Personen oder Personen, deren beide Elternteile eingewandert sind.

Kriminalität

Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung 17%.

Anteil der ausländischen Tatverdächtigen ca. 41%.

[Anteil der ausländischen Opfer von Straftaten ca. 25%.]

Zwischen Januar und September 2023 hat die Polizei erfasst:
52% Delikte im Bereich (Laden-)Diebstahl und Schwarzfahren;
22% Rohheitsdelikte und Körperverletzung
15% Sonstige Straftaten *)
10% Rauschgiftdelikte
2% Sexualdelikte
0,1% Tötungsdelikte

*) Zu den ca. 15% "sonstigen Straftaten" gehören ausländerrechtliche Verstöße, die nur von Ausländern begangen werden *können*.

Die Zahl der Straftaten, bei denen Zuwanderer tatverdächtig*) waren, ist im Zeitraum Januar bis



September 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um ca. 29% angestiegen. In diesem Zeitraum ist auch die Zahl der Schutzsuchenden, u.a. aus der Ukraine, stark angestiegen.

*) Die Polizeistatistik erfasst den Tatverdacht, nicht aber das Ergebnis der Ermittlungen und den Ausgang des Gerichtsverfahrens.

Außerdem sind in der Statistik Straftaten von Ausländern erfasst, die keinen Wohnsitz in Deutschland haben.

Quellen

DIE ZEIT Nr. 41/ 26.09.2024, S. 40 Infografik: Asyl

DIE ZEIT Nr. 41/ 26.09.2024 , "Verheddert im Recht"

Publik-Forum 18/ 2024, S. 13ff "Unwillkommen"

<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/monatsrueckblick/550355/migrationspolitik-juni-2024/>

<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/>

<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265711/asylentscheidungen-und-klagen/>

<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265765/abschiebungen-in-deutschland/>

<https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/DublinVerfahren/dublinverfahren-node.html>

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/migration/aufenthaltsrecht/aufenthaltsrecht-liste.html>

<https://www.asyl.net/themen/aufenthaltsrecht/sonstiger-aufenthalt/duldung>

<https://migrando.de/blog/recht/aufenthalts-titel-trotz-duldung/>

<https://www.germany-visa.org/de/einwanderung-aufenthalts-genehmigung/>

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/fragenkatalog-node/-/606772>

<https://mediendienst-integration.de/migration/irregulaere.html>

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/asyl-und-migration/zurueckweisung-an-der-grenze>

<https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Migration-und-Arbeit/Flucht-und-Asyl/Arbeitsmarktzugang-fuer-Gefluechtete/arbeitsmarktzugang-fuer-gefluechtete-art.html#doc09e515fd-079b-45a0-a7dd-cc385159965fbodyText1>

<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/staat-und-religion/islam-in-deutschland/islam-in-deutschland-node.html>

<https://www.islamiq.de/>

<https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/zahl-der-fluechtlinge-in-deutschland-2024-auf-neuem-rekordhoch-47759813>

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html>

https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html

https://www.zensus2022.de/DE/Aktuelles/Bevoelkerung_VOE.html

<https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/humanitaere-hilfe/fluechtlingslager>

<https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/abschiebungen.html>

<https://www.tagesspiegel.de/politik/streit-uber-zurueckweisungen-an-grenzen-merz-pladiert-fur-dreimonatigen->



test--und-ist-offen-fur-weiteren-migrationsgipfel-12359030.html

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/zurueckweisungen-100.html>

https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2023/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2023/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2023_node.html

<https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenKriminalitaetZuwanderung2023.html?nn=62336>

file:///D:/Downloads/kernaussagenKriminalitaetZuwanderung2023.pdf

<https://mediendienst-integration.de/desintegration/kriminalitaet.html>

<https://www.hrw.org/de/news/2024/04/30/deutschland-scheitert-bei-der-bekaempfung-von-antimuslimischem-rassismus>

<https://kompetenznetzwerk-imf.de/ueber-das-kompetenznetzwerk/zahlen-und-fakten/>

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/080/2008046.pdf>

ZDF - Die Anstalt 08.10.2024 - file:///D:/Downloads/faktencheck-vom-8-oktober-2024-100-1.pdf

<https://www.allianz-trade.de/presse/pressemitteilungen/deutsche-grenzkontrollen-verteuern-waren.html>

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/grenzkontrollen-wirtschaftsfolgen-100.html>

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/wirtschaftsweise-schnitzer-zuwanderung-fachkraefte-100.html>

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2010/02/ls20100209_1bvl000109.html

Pro Asyl 04.09.2024 - Strategische Angriffe auf die Verfassung

BNN 04.10.2024 - "Härtere Konsequenzen ..."

BNN 05.10.2024 - "Fast jeder Zweite im Bürgergeld"

BNN 25.10.2024 - "Mehr Ukrainer mit Arbeitsplatz"

<https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/buergergeld-arbeitslose-auslaender-100.html>

<https://niedersachsen.dgb.de/schlaglicht/++co++6f421fd8-4cb0-11ee-9215-001a4a160123>

<https://www.fr.de/politik/ampel-koalition-buergergeld-erhoehung-lohnabstand-studie-geld-netto-brutto-ergebnis-merz-zr-92781454.html>

<https://www.deutschlandfunk.de/buergergeld-vorurteile-fakten-richtig-falsch-100.html#zu-faul>

<https://x.com/MFratzsch/status/1591856464347398146>

https://www.buergergeld.org/news/sozialbetrug-buergergeld-empfaenger-permanent-unter-generalverdacht/#google_vignette

https://www.portal-sozialpolitik.de/index.php?page=transferentzug_und_grenzbelastung

taz 13.11.2024 - "Ohne Lohn, nur etwas Brot" S. 4-5

BNN 15.11.2024 - "Arbeitsmarkt profitiert vom Zuzug"

Staatsanzeiger 06.09.2024 - Grafik "Hier fehlen die meisten Fachkräfte"

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/11/kabinett-integrationskurse.html>

<https://unwomen.de/gewalt-gegen-frauen-in-deutschland/>

https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/StraftatengegenFrauen/StraftatengegenFrauen_node.html

<https://www.n-tv.de/politik/Ist-die-Asylpolitik-von-Daenemark-und-Schweden-ein-Vorbild-fuer-Deutschland-article25218542.html>

https://www.focus.de/politik/ausland/wohltemperierte-grausamkeit-das-daenische-modell-zeigt-uns-wie-wir-die-migrationspolitik-in-den-griff-bekommen-koennen_id_213934419.html



<https://www.zeit.de/zeit-magazin/2023/51/migration-kommunen-limit-belastung>

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-11/kommunen-gefluechtete-ueberforderung-umfrage-notunterkuenfte>

https://madebyvielfalt.com/wp-content/uploads/2024/08/WELTplus_20240819_Made-by-Vielfalt_Fliesstext_PLUSScreenEpaper.pdf

<https://www.wiwo.de/unternehmen/mittelstand/familienunternehmen-fuer-vielfalt-vielfalt-kampagne-erhaelt-nach-hoeckes-mittelstandsattacke-starken-zulauf/29965544.html>

<https://www.welt.de/wirtschaft/article254983160/Trigema-Chefin-Was-Herr-Hoecke-gesagt-hat-konnte-ich-zuerst-kaum-glauben.html>

BNN 10.12.2024 - "Neues Leben im sicheren Hafen"

BNN 16.12.2024 - "Zwischen Jubel und Skepsis"

BNN 19.12.2024 - "Aufenthaltsdauer ist entscheidend"

BNN 03.01.2025 - "Heil gegen rasche Abschiebung"

<https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/syrische-fluechtlinge.html>

<https://www.tagesschau.de/inland/rechtsextreme-straftaten-106.html>



Wer oder was ist

DAF - Internationaler Freundeskreis Bretten e.V.?

Der DAF – Internationaler Freundeskreis Bretten e.V. wurde 1987 als „Deutsch-Ausländischer Freundeskreis“ gegründet und versteht sich als überparteilicher und überkonfessioneller Verein, der seine Hauptaufgabe in der interkulturellen und interreligiösen Verständigung und dem Dialog zwischen Zugewanderten und Einheimischen sieht.

Wir leisten persönliche, praktische und finanzielle Hilfe in den Bemühungen um Integration von Migranten und Geflüchteten beim Spracherwerb und der Vermittlung in Arbeit.

Wir gehen an die Öffentlichkeit mit Vorträgen, Ausstellungen und Straßenaktionen.

Der Internationale Freundeskreis kooperiert mit dem Brettener Netzwerk für Flüchtlinge und anderen ehrenamtlichen Initiativen im Umkreis, mit der Stadt und der Volkshochschule Bretten, mit Schulen sowie mit den Integrationsmanagerinnen des Landkreises Karlsruhe und der Stadt Bretten.

Wir arbeiten u.a. beim Brettener „Runden Tisch Integration und Vielfalt“ mit und sind vertreten im Arbeitskreis „Bretten – Aktiv für Frieden“.

Wir beziehen politisch Stellung gegen Extremismus, Ausgrenzung und Hass und für Toleranz, Mitmenschlichkeit und gesellschaftliche Vielfalt.



**Besuchen Sie uns im Netz: www.daf-bretten.de
oder schreiben Sie uns: info@daf-bretten.de**